

Molitor, Bruno

Article — Digitized Version

Arbeitslosenquote und Wirtschaftspolitik: Kein Anlass zur Panik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Molitor, Bruno (1974) : Arbeitslosenquote und Wirtschaftspolitik: Kein Anlass zur Panik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 9, pp. 452-454

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/134726>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Arbeitslosenquote und Wirtschaftspolitik

Kein Anlaß zur Panik

Bruno Molitor, Würzburg

Niemand wird das Problem der Arbeitslosigkeit auf die leichte Schulter nehmen wollen. Gleichwohl bedarf die Arbeitslosenquote und ihre Entwicklung, die in der Interpretation der Wirtschaftslage durch die Massenmedien eine dominierende Rolle zu spielen beginnt, in der Sache der Qualifikation – zumal, wenn es darum geht, Folgerungen für die Marschroute der allgemeinen Wirtschaftspolitik zu ziehen, die eingeschlagen werden soll.

Der Ausgangspunkt der Entwicklung war ein forciertes Wirtschaftswachstum und eine Überbeschäftigung, die uns zu ihrem Teil die für die Bundesrepublik ungewohnt hohen Inflationsraten von 7 und mehr Prozent beschert haben. Offene Stellen in einer Größenordnung von 700 000, die erhebliche Schwarzarbeit und ein Gastarbeiterimport von zuletzt über 2,5 Millionen waren sicherlich kein Zeichen für eine Wirtschaft im Gleichgewicht. Im Gegenteil, die zukünftige Konjunkturpolitik wird rechtzeitig verhindern müssen, daß wir je wieder unter den Druck einer Überbeschäftigung geraten – um des vorrangigen Stabilitätszieles willen. Mit 1–1,5% Arbeitslosen, bezogen auf die jeweilige Zahl der abhängigen Erwerbspersonen (ohne Militär), gilt international die Vollbeschäftigung als erfüllt. Das hat seinen guten Grund, wenn man die Anforderungen an ein bewegliches Arbeitskräftereservoir bedenkt, die die optimale Faktorallokation in der wachsenden Wirtschaft stellt. In Tat und Wahrheit ist eine einprozentige Arbeitslosigkeit eine Traumgrenze, die

in den letzten Jahren außer uns nur sehr wenige vergleichbare Volkswirtschaften erreicht haben.

Unvermeidliche Begleiterscheinung

Daß die Arbeitslosenquote, die 1973 im Jahreschnitt 1,2% ausmachte, 1974 anstieg (Juli: 2,2%), kann nicht überraschen. Es handelt sich um die unvermeidliche Begleiterscheinung der geld- und fiskalpolitischen Stabilisierungsbemühungen; erfahrungsgemäß erfolgt die Anpassung der Wirtschaftssubjekte auf dem Wege zu einem neuen Gleichgewicht nicht kontinuierlich, sondern in Schüben, die zeitweise über das Ziel hinausschießen pflegen. Und im übrigen gilt: je höher die Inflationsrate, von der man herunterkommen muß, desto länger der Bremsweg mit einem Beschäftigungsrückgang.

Immerhin zeigt die Statistik, daß es auch 1974 zu einem saisonbedingten Abbau der Arbeitslosigkeit von 2,8% im Februar auf 2,1% im Juni kam. Daß er nicht kräftiger ausfiel, geht nicht zuletzt auf die überhöhten Nominallohnabschlüsse zu Jahresbeginn zurück, und die Auffangmöglichkeiten durch reduzierte Effektivlöhne oder Gewinnkompression, an die sonst als Puffer zu denken wäre, waren mit der nachhaltigen Restriktionspolitik bereits verbraucht. Der leichte Anstieg der Arbeitslosenquote im Juli um 0,1% fällt nicht aus dem Rahmen des auch früher für diese Jahreszeit üblichen; er dürfte sich im Frühherbst ausglei-

Prof. Dr. Bruno Molitor, 46, ist Ordinarius an der Julius-Maximilians-Universität in Würzburg und Leiter des dortigen Instituts für Verteilungs- und Sozialpolitik. Er hat kürzlich einen Ruf an die Ruhr-Universität Bochum erhalten.

chen. Aber wir gehen mit einem Sockel von ca. 2% in die Wintermonate mit ihrem saisonalen Beschäftigungsrückgang. Wie weit dieser durchschlägt, hängt in erster Linie von den Lohnrunden ab, die im September beginnen. Hier wird für jedermann sichtbar zutage treten, daß gesamtwirtschaftlich überzogene Lohnforderungen die Arbeitnehmer unmittelbar Beschäftigung kosten. Das hier und da zu hörende Argument, man brauche die Lohnanhebung, um die Massenkaukraft und damit die unternehmerische Investitionsneigung zu stimulieren, übersieht den Kosteneffekt der Lohnerhöhung, der in einer konjunkturellen Situation wie der unsrigen im Vordergrund steht.

Außerdem befinden wir uns nicht in einer handfesten Rezession. Dagegen spricht schon die Entwicklung der Auftragsbestände in der Industrie insgesamt. Und was die Nachfrage der inländischen privaten Haushalte betrifft, ermöglichen der Wegfall des Stabilitätzuschlages, die bald wirksame Renten Anpassung und die steuerreformbedingte Erhöhung der Nettoverdienste eine Belebung, die *nicht* mit einem unternehmerischen Kostenanstieg einhergeht. So kommt alles darauf an, daß die Stabilisierungsphase mit dem gehörigen Atem bis zum kommenden Frühjahr durchgehalten wird. Jetzt schon bei der Geldpolitik und der staatlichen Ausgabentätigkeit das konjunkturelle Steuer herumzuwerfen, hieße nichts anderes, als uns um den Erfolg der Inflationsbekämpfung zu bringen, der sich bereits abzeichnet. Und bekanntlich würde schon die Erwartung, daß eine Kehre in der allgemeinen Wirtschaftspolitik wahrscheinlich ist, genügen, um die Anbieterpreise hochhalten zu lassen, die sonst morgen gesenkt worden wären.

Strukturelle Komponente

Das alles gilt um so mehr, als die gegebene Arbeitslosenzahl eine erhebliche strukturelle Komponente enthält, die die konjunkturelle Steuerungspolitik nicht geschaffen hat, aber deutlich sichtbar macht, so wie die Steinblöcke in einem See, dessen Wasserspiegel sinkt. Hier ist insbesondere an den Bausektor, die Automobilindustrie und die Textilwirtschaft zu denken. Im Juli 1974 entfielen von den insgesamt 490 000 Arbeitslosen fast ein Drittel allein auf diese drei Branchen.

Der Grund liegt wesentlich in Verschiebungen der Nachfrage, die niemand kommandiert hat und niemand kommandieren kann, zum Teil auch in Veränderungen der internationalen Wettbewerbsverhältnisse. Es handelt sich um eine Datenänderung, die mittelfristig wirksam bleibt und die durch kon-

junkturelle Spritzen nicht zu überspielen ist. Was allein hilft, ist die Anpassung der Kapazitäten an die neue Nachfragesituation. Das ist früher auch schon in anderen Fällen gelungen und beileibe keine singuläre Erscheinung der westdeutschen Wirtschaft.

So war die Bundesregierung gut beraten, den Rufen nach sektoralen Staatshilfen zu widerstehen. Eine Sozialisierung der unternehmerischen Verluste kommt in der Marktwirtschaft nicht in Betracht. Und für die Arbeitnehmer verfügen wir über eine gut ausgebaute Arbeitslosenversicherung, über Umschulungs- und Arbeitsförderungs-einrichtungen, die die strukturelle Anpassung erleichtern.

Im übrigen ist aufschlußreich, daß zum Beispiel die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter von Ende Mai bis Ende Juli um 10 000 auf 39 000 zurückgegangen ist (die Zahl der offenen Stellen nahm im Juli um 12,5% auf 30 000 zu). Nimmt man die Abnahme der Zahl der Erwerbspersonen hinzu, die der Bauwirtschaft insgesamt zur Verfügung stehen, so wird deutlich, daß ein erheblicher Teil der dort sonst Beschäftigten in der Zwischenzeit in andere Wirtschaftszweige abgewandert ist. Das spricht für die Elastizität unserer Wirtschaft selbst in der gegenwärtigen, nicht einfachen Situation. Nur wenn die Produktionskapazitäten in den strukturell betroffenen Branchen unter jenes Maß abzusinken drohten, das nach dem mittelfristig absehbaren Bedarf aufrecht erhalten werden muß, sollte die Regierung intervenieren, und zwar gezielt, wohl dosiert und ohne daß die umlaufende Geldmenge sich *insgesamt* erhöht.

Gewicht der Teilzeitbeschäftigten

Indessen will die gegebene Arbeitslosenquote auch noch in einer anderen Beziehung qualifiziert sein. Denn bei nahezu der Hälfte, nämlich bei 48%, handelt es sich um Personenkreise, die dem Arbeitsmarkt gar nicht voll zur Verfügung stehen. Das sind aus gesundheitlichen Gründen schwer zu Vermittelnde, Rentner der Sozialversicherung, Empfänger von Leistungen aus betrieblichen Sozialplänen, die zumeist älter als 55 Jahre sind, und Arbeitssuchende, die keine Vollzeitarbeit anbieten. In diesen Gruppen sind auch die meisten Arbeitslosen vertreten, die längerfristig, also mehr als ein Jahr, ohne Erwerbstätigkeit sind. Schon dies zeigt an, daß hier mit einer allgemeinen Konjunkturspritze wenig auszurichten ist. Gefordert sind vielmehr spezifische Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik, die unabhängig von den konjunkturellen Schwankungen durchgehalten werden müssen.

Sicherlich hängt es zu seinem Teil mit dem Gewicht der vorgenannten Gruppe zusammen, daß nur etwa die Hälfte der Arbeitssuchenden Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe beziehen. Das Faktum läßt aber auch erkennen, daß wir aus einer Überbeschäftigung kommen, in der Personen eine Arbeit aufnehmen, ohne auf den Verdienst aufgrund ihrer wirtschaftlichen und familiären Situation angewiesen zu sein. In diesem Zusammenhang muß insbesondere die relative Arbeitslosigkeit bei den Frauen gesehen werden, die mit 3,1% erheblich über der der Männer lag (Juli: 1,8%): mehr als ein Drittel war nur an einer Teilzeitbeschäftigung interessiert.

Arbeitslose ohne Berufsausbildung

Anlaß zur Sorge, und zwar über die aktuelle Situation hinaus, gibt die relativ hohe Zahl der Arbeitslosen ohne Berufsausbildung. Ende Mai 1974 waren es nicht weniger als 260 000 (Männer: 121 000) oder 57%. Dem entspricht eine relative Arbeitslosigkeit von 3,6%, während Personen mit Berufsausbildung nur zu 1,3% beschäftigungslos waren (Arbeitslosenquote insgesamt: 2,1%). Erwartungsgemäß liegt auch der Anteil der längerfristig Arbeitslosen bei den Ungelernten mit 5,6% merklich über dem Durchschnitt von 5,3%.

Vor diesem Hintergrund ist in erster Linie die Ausbildungspolitik herausgefordert. Das gilt um so mehr, als der anhaltende Kostendruck überall betriebliche Rationalisierungsmaßnahmen induziert und eine gezügelte wirtschaftliche Expansion ohnehin die Anforderungen an die fachliche Qualifikation steigen läßt. Instrukтив, daß die unter-

nehmerische Nachfrage nach qualifizierten Facharbeitern der Metall- und Elektroberufe nach wie vor das Angebot selbst in jenen Branchen übersteigt, die ansonsten die höchsten Arbeitslosenzahlen aufweisen.

Angesprochen ist aber auch die Politik der Arbeitsmobilität. Zum Vergleich: die Arbeitslosenquote der Gastarbeiter, die durchschnittlich sicher schlechter ausgebildet sind, unterschreitet die der deutschen Arbeitnehmer, wo eigentlich das Gegenteil zu vermuten war; sie ist sogar im Juli um 0,2% auf 1,8% gesunken, und der maßgebliche Grund liegt in der größeren räumlichen und funktionalen Mobilität.

Nimmt man alles zusammen, so bietet die bei uns gegebene Arbeitslosenquote und ihre absehbare Entwicklung keinen Anlaß zu konjunkturpolitischer Panik, die das Ziel der Geldwertstabilisierung aufs Spiel setzte. Auch ist das sozialpolitische Gegenlager, das eine Überbrückung der Anpassungsperiode ohne Not ermöglicht, so reichhaltig bestückt wie nie zuvor: angefangen vom Institut der Kurzarbeit, der staatlichen Arbeitsförderung und -vermittlung, über Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe bis hin zu den betrieblichen Sozialplänen, Rationalisierungsschutzabkommen und schließlich der flexiblen Altersgrenze. Was in der Tat Probleme aufwirft, ist die mittelfristig orientierte Arbeitspolitik, und zwar im Hinblick auf die Ausbildungsstruktur, eine indirekte Berufslenkung durch entsprechend gestaffelte Förderungsprogramme und den Mobilitätsgrad, bei dem auch ein synchronisierter Sozialer Wohnungsbau eine gewichtige Rolle spielt.

UFR 2/73

**Die
junge Rama.
Der Geschmack.
Und die Gesundheit.**

